

Noch immer keine Einigung bei Pensionsreform

Zwischen Regierung und ÖGB haben sich die Fronten verhärtet



Kurz vor Mitternacht des 21. Mai berichten die Teilnehmer (v.l.n.r.) Arbeiterkammerpräsident Mag. Herbert Tumpel, Gewerkschaftspräsident Fritz Verzetnitsch, VK Mag. Herbert Haupt, BK Dr. Wolfgang Schüssel, Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl, Landwirtschaftskammerpräsident Rudolf Schwarzböck über den Verlauf der Gespräche.

Foto: HOPI-Media / Bernhard J. Holzner

Am Montag, den 26. Mai 2003, fand im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz der vorerst letzte „Runde Tisch“ statt. Das Ergebnis sei gleich vorweggenommen: es gab keine Einigung zu der von der Regierung vorgelegten Pensionsreform.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel (VP) und Vizekanzler Mag. Herbert Haupt (FP) hatten die Präsidenten der Sozialpartner-Organisationen neuerlich zu einer eingehenden Diskussion geladen, als deren Ergebnis man erhoffte, nicht nur die vom ÖGB angekündigten Streiks verhindern zu kön-

nen, sondern auch prinzipielle Zustimmung zu dem, so die Regierung, ohnehin schon drastisch entschärften Gesetzesentwurf zur Sicherung der Pensionen in Österreich zu erhalten. Mit am Tisch saßen ÖGB-Vorsitzender Fritz Verzetnitsch, AK-Präsident Mag. Herbert Tumpel, Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl und der Präsident der Landeslandwirtschaftskammer, Rudolf Schwarzböck. Nicht eingeladen waren Vertreter der Oppositionsparteien SPÖ und Grüne, was vor allem bei den Sozialdemokraten auf heftiges Unverständnis stieß.

Aus dem Inhalt

Österreich-Spital von Außenministerin in Temeswar eröffnet	8
Ohne Preis kein Fleiß Repräsentative Umfrage	9
Sisis Traum Über ein Fest in der Kaiservilla in Bad Ischl	11
Chronik / Personalia	13
Die Schotten in Wien Auf den Spuren der Gründerväter	15
Wiener Dynamik in Guadalajara	16
ÖJ-Reisetip: St. Kanzian am Klopeiner See Teil 1	18
24. Österreichisches Blasmusikfest in Wien	26
Impressum	11

Worum hatte man so hart gekämpft?

Nun, der mit Sicherheit schwierigste Punkt des Reformvorhabens, dessen Notwendigkeit niemand bestreitet, ist die Abschaffung der Frühpensionen. Die Regierung forderte, daß sukzessive davon abgegangen wird (ab Mitte 2004), bis dann 2013 das ursprünglich auch im Gesetz vorgesehene Pensionsalter von 65 Jahren für Männer und 60 für Frauen erreicht wird. Bis zu diesem Zeitpunkt soll das Frühpensionsalter angehoben werden. In den Verhandlungen haben Schüssel und Haupt dann zugestanden, diesen Zeitraum auf 2017 zu erweitern. Die Gewerkschaft hingegen sistiert in ihrer Forderung nach Aufrechterhaltung, wenn auch unter geänderten Voraussetzungen: Um zu verhindern, daß ältere Menschen aus dem Arbeitsprozeß in die Arbeitslosigkeit gedrängt würden, sollte mit entsprechenden Abzügen ein früherer Pensionseintritt weiterhin möglich sein. Das würde, so entgegnete man seitens der Regierung, durch eine Anhebung des Altersübergangsgeldes auf bis zu 30 Prozent verhindert werden, womit interimistisch die Regelpensionshöhe beinahe erreicht werden könnte.

»Knackpunkt« Durchrechnungszeiten

Der zweite „Knackpunkt“ betrifft die sogenannten „Durchrechnungszeiten“, die, wenn man vom ursprünglichen Regierungsentwurf ausgeht, bisweilen zu empfindlichen Pensionsverlusten geführt hätten. Bisher war es so, daß die 15 Jahre mit den höchsten Bezügen als Berechnungsgrundlage herangezogen wurden. Dies sollte sich nun, jahresweise, beginnend 2004 bis 2028, um je ein Berechnungsjahr in Richtung 40 beste Erwerbjahre ändern. Die Senkung des Steigerungsbeitrages, mit dem praktisch der Geldwert langfristig stabilisiert wird (1000 Schilling waren 1956 mehr wert als derselbe Betrag 1996, Anm.) wird, wie von der Gewerkschaft gefordert, nun nicht auf drei „Raten“ bis 2006, sondern in fünf von zwei auf 1,78 bis 2008 gesenkt werden.

Gewerkschaft und Arbeiterkammer stellen fest, daß durch die Summe aller Maßnahmen ein Verlust von 20, 30 Prozent der Pension entstehen könne, worauf die Regierung die maximale Verlustobergrenze bei Pensionsantritt gegenüber dem heute bestehenden Pensionsrecht mit 10 Prozent be-

grenzt hat. Tatsächlich betrage der Durchschnittsverlust laut Expertenbericht in den nächsten Jahren zwischen rund 3 Prozent und rund 8,2 Prozent. Die Gewerkschaft akzeptierte diese „Deckelung“ nicht, da sie davon ausgeht, daß Berechnungen der Regierung in der Praxis nicht stimmen könnten.

Hacklerregelung

Der so unglückliche Begriff „Hacklerregelung“ steht für Sonderbestimmungen für Menschen, die aufgrund Eintritts ins Berufsleben frühesten Alters auf extrem hohe Beitragszeiten kommen (wenn jemand als 14-jähriger eine Lehre begann, würde er bis zum 65. Lebensjahr auf 51 Beitragsjahre kommen). Im ersten Gesetzesentwurf war vorgesehen, daß die Betroffenen trotz 45 Beitragsjahren (Männer) und 40 Beitragsjahren (Frauen) nicht hätten in Pension gehen können. Der dahingehende Verbesserungsvorschlag der Regierung, in dem die jeweiligen Abschläge nicht vom gesetzlichen Pensionsalter (60/65) sondern vom jeweils geltenden Frühpensionsalter (derzeit 56,5/61,5) gerechnet werden, fand bei der Gewerkschaft aber als nicht ausreichend gelöst keine Zustimmung.



Im Bundeskanzleramt in Wien wird ein »Runder Tisch« zur Pensionssicherungsreform abgehalten. Im Bild (v.l.n.r.): mit Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler und Sozialminister Mag. Herbert Haupt, Landwirtschaftskammerpräsident Rudolf Schwarzböck, Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl, Gewerkschaftspräsident Fritz Verzetnitsch und Arbeiterkammerpräsident Mag. Herbert Tumpel

Foto: HOPI-Media / Bernhard J. Holzner

Harmonisierung der Pensionssysteme

Bleibt „noch“ der schwere Brocken „Harmonisierung“ der Pensionssysteme. Aus Gründen der Rationalisierung der Versicherungsanstalten und damit die Reduktion der vielen Einzelkassen und wegen sozialer Gerechtigkeit unter den Versicherten wird eine Vereinheitlichung aller Systeme angestrebt. Das bedeutet, daß – früher oder später – jeder, der in Österreich arbeitet und Pensionsbeiträge einbezahlt, schließlich auch die gleichen Rechte beim Genuß des Erreichten haben wird. Damit ist die Einführung eines sogenannten „Pensionskontos“ geplant, auf dem jeder Versicherte sehen kann, wie sich das Eingezahlte auf die von ihm in Anspruch zu nehmenden Leistungen auswirkt. Hier sind die Verhandler aber noch nicht in Details vorgedrungen, es wird noch über den „Fahrplan“ debattiert. Während Gewerkschaft und Arbeiterkammer darauf bestehen, die Harmonisierung zeitgleich mit allen anderen Änderungen durchzuführen und dies erst im Herbst, beharrt die Koalitionsregierung darauf, die Reform wie geplant sofort zu beschließen, die Harmonisierung dann im Herbst in Angriff nehmen zu wollen.

Der „Runde Tisch“ vom Montag Abend blieb also ohne Erfolg, wenn auch nicht ohne Folgen. Denn der ÖGB faßte einen einstimmigen Beschluß zu einem Abwehrstreik am 3. Juni 2003.

ÖGB: Streikbeschluß wurde einstimmig gefaßt

„Wir haben den Streikbeschluß ausgesetzt, damit die Regierung gemeinsam mit den Sozialpartnern eine faire Pensionsreform ausarbeitet. Die Chance wurde von der Regierung nicht aufgegriffen. Daher haben wir heute einstimmig den ausgesetzten Streikbeschluß vom 24. April 2003 wieder aktiviert“, stellte ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch im Rahmen einer Pressekonferenz am Dienstag nach dem „Runden Tisch“ fest. Zuvor tagte das erweiterte Präsidium des ÖGB. Der Beschluß: Am 3. Juni wird es einen ganztägigen Abwehrstreik gegen die so genannte „Pensionsversicherung“ der Regierung geben.

Es mache keinen Sinn, jetzt den ersten Teil einer Pensionsreform zu beschließen und im Herbst neuerlich über einen zweiten Teil zu diskutieren. „Wir brauchen Lösungen, die das Vertrauen der Menschen sicherstellen und die von der Mehrheit der Men-

schen mitgetragen werden. Eine wirklich umfassende Reform braucht Zeit“, sagte Verzetnitsch.

Der ÖGB sei für eine faire und ausgewogene Pensionsreform. Er stehe auf Seiten der Menschen, die ihren Unmut über die Pensionspläne der Regierung im Rahmen des Streiks am 6. Mai und der Demonstration am 13. Mai mehrfach gezeigt haben. Die Sozialpartner hätten der Regierung gemeinsam einen Vorschlag zu einer umfassenden Reform gemacht. „Die Regierung hat dieses Angebot nicht aufgegriffen. Stattdessen plant sie eine ‚Reform‘ ohne Konzept und



Da auch die Zollämter bestreikt werden, sind Staus wohl unvermeidlich.

Foto: <http://www.bilderbox.com>

ohne Zieldefinition, die nur der Geldbeschaffung dient“, so Verzetnitsch weiter. Es werde deshalb am 3. Juni in ganz Österreich einen Abwehrstreik geben, den man „sicher spüren wird“, kündigte Verzetnitsch an.

Und wenige Tage später stand dann auch fest, wo bzw. wer bestreikt werden würde: die ÖBB werden keine Personen befördern; Bahn- und Postbus bleiben in den Garagen; die Wiener Linien stellen den Betrieb ein, auch die privaten Linien könnten sich anschließen; bei Grenzkontrollen und Zollabfertigungen ist mit massiven Behinderungen zu rechnen, die Post wird kaum Zustellungen vornehmen; Schulen, aber auch viele Kindergärten und Kindertagesheime werden geschlossen bleiben; die Müllabfuhr in Wien, Graz und Salzburg bleibt „zu Hause“; ob Banken, Handelsketten und Gastronomie betroffen sein werden, war am Tag davor nicht abzuschätzen.

Industrie warnt vor Schäden

Dazu erklärt Dr. Karl Büche, Präsident der oberösterreichischen Industriellenvereinigung: „Trotz allem Verständnis für die Interessenspolitik von ÖGB und Arbeiterkammer dürfen die Betriebe nicht als Ort für diese politische Auseinandersetzung benutzt werden.“ Jede Stunde Streik führe zu Produktionsausfällen und zu Kostenbelastungen, die man sich in der aktuellen Konjunktursituation nicht leisten könne. Gleichzeitig werde das gute innerbetriebliche Klima zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern stark beeinträchtigt, so Büche.

Auch eine von Market durchgeführte Umfrage zeige, daß eine Mehrheit der Bevölkerung (54 %) in den Industrieunternehmen die falschen Adressaten für Proteste gegen die Pensionsreform sehe. Nur 28 % glaubten, daß Protestmaßnahmen in den Industriebetrieben gerechtfertigt seien, wobei diese Meinung insbesondere von Angestellten und Beamten geäußert worden sei.

In dieser schwierigen Situation appellierte Büche – als Oberösterreicher – an den oberösterreichischen ÖGB-Präsidenten Hubert Wipplinger, die Industrie in Ruhe arbeiten zu lassen. „Insbesondere unsere so bedeutende Zulieferindustrie ist auf exakte Liefergenauigkeit angewiesen, Produktionsausfälle werden zukünftige Investitionsentscheidungen dieser Unternehmen stark negativ beeinflussen“, so Büche.

Wie geht es weiter?

Die Gewerkschaft will – und das ist einfach auf den Punkt zu bringen – mit diesen Maßnahmen erreichen, daß die Regierung das komplette (und mehrfach auf- und umgeschürte) „Paket“ Pensionsreform zur Seite legt und sofort auf Umsetzung auch nur von Teilen davon verzichtet. Dazu wird es, auch die Gewerkschaft sieht das so, sicherlich nicht kommen. Womit eine Pattstellung erreicht zu sein scheint, die voraussichtlich vom Wähler entschieden wird, diesmal allerdings nicht über den Weg zur Wahlurne, sondern indem die nächsten Tage oder vielleicht Wochen den Gewerkschaften Sympathie und Verständnis – oder Unverständnis und Ablehnung entgegenschlagen. Die Umfragen zeigen, nicht sehr überraschend, je nach Herkunft oder Auftraggeber, ebendiese Tendenzen, auch die heimischen Medien stehen auf teils sehr konträren Standpunkten.

Innenpolitik / Pensionsreform

Währenddessen geht aber die Debatte über die Sache selbst, die Pensionsreform und Harmonisierung der Systeme, ungemindert weiter.

SPÖ fordert Antworten

So meint SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos, Kanzler Schüssel müsse noch die Frage beantworten, wie es gerechtfertigt werden könne, daß einfache Arbeiterinnen die Pension des Bundeskanzlers und die Pensionen von hohen Beamten subventionierten. „Noch im Jahr 2033 werden Spitzenbeamte das Zehnfache der Pension einer einfachen Arbeiterin bekommen. Dabei finanziert die ASVG-Versicherte ihre Pension zu beinahe 100 Prozent durch eigene Beiträge.“ Die zehnmal höhere Pension von Spitzenbeamten werde zur Hälfte durch Steuermittel subventioniert. Darabos unterstrich damit die dringende Notwendigkeit einer Harmonisierung der Pensionssysteme. Eine Pensionsreform, die diese elementaren Fragen von Fairneß nicht berücksichtige, sei von vornherein gescheitert.

„Die Harmonisierung muß so bald wie möglich beginnen“, verwies Darabos auf das SPÖ-Modell. Dabei sei vorgesehen, daß alle bisherigen Ansprüche nach dem bestehenden Recht angerechnet und auf einem leistungsorientierten Pensionskonto gutgeschrieben würden, alle zukünftigen Versicherungszeiten würden nach einem einheitlichen Beitrags- und Leistungsrecht bewertet.

„Wie kann man eine Reform planen, die bestehende Ungerechtigkeiten nicht nur nicht beseitigt, sondern verschärft und auf Jahrzehnte hinaus festschreibt“, kritisierte Darabos die Regierung. Er verwies darauf, daß derzeit eine Umverteilung von den niederen zu den höheren Einkommen stattfindet. „80 Prozent der Pensionen entfallen auf die 50 Prozent der Pensionisten mit den höchsten Pensionen. Sieben Prozent der Höchstpensionsbezieher bekommen 25 Prozent der gesamten Pensionssumme.“ Darabos weiter: „Schüssel kürzt alle ASVG-Pensionen um 12 Prozent, um bestehende

Pensionsprivilegien, nicht zuletzt seine eigenen, für weitere 30 Jahre einzubetonieren. Das versteht der Kanzler unter ‚Pensionsversicherungsreform‘.“ Und die Freiheitlichen würden erklären müssen, warum sie die Harmonisierung, die ihnen ja angeblich ein so großes Anliegen sei, auf das Jahr 2034 verschieben. Wenn die FPÖ ihre Versprechen auch nur irgendwie ernst nehme, dann könne sie der Verschiebung der Harmonisierung um 30 Jahre nicht zustimmen.“



Bleiben – vorerst – einen Tag in der Garage: die Postbusse werden am Dienstag, den 3. Juni, landesweit bestreikt.
Foto: <http://www.bilderbox.com>

ÖVP fordert Klarheit

ÖVP-Generalsekretär Abg. z. NR Dr. Reinhold Lopatka reagierte auf die Aussagen Darabos, die SPÖ erinnere in der Frage der Pensionsreform in den letzten vier Monaten an ein Schiff, das ziellos durch die politischen Gewässer treibe. Nachdem SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer noch kürzlich damit gedroht habe, der Angleichung der Pensionssysteme die Zustimmung im Parlament zu verweigern, spreche sich dessen Bundesgeschäftsführer nun für eine möglichst rasche Umsetzung der „dringend notwendigen Harmonisierung“ aus. Diese „konfuse“ Vorgehensweise sei Akt sechs und sieben der SPÖ-Tragikomödie in Sachen Pensionsreform.

Nachdem Alfred Gusenbauer noch im Jänner dieses Jahres die Notwendigkeit einer Konsolidierung des Pensionszuschusses um eine Milliarde Euro formuliert hätte (Akt 1), sah er Anfang März keinen dringenden Reformbedarf (Akt 2). Danach gab die SPÖ die Parole aus, kein eigenes Reformpapier vorzulegen, um nicht zu einer, von ihr befürchteten „weiteren Verwirrung“ beizutragen (Akt 3). Der „selbstverordneten politisch-

inhaltlichen Abstinenz“ sei am 28. April der Vorschlag der „Fairness-Pension“ gefolgt, die Pensionskürzungen in Höhe von 10 bis 15% enthalte (Akt 4). Danach folgten die Initiierung eines Volksbegehrens gegen eine Pensionsreform und die Unterstützung der vom ÖGB beschlossenen und auf dem Rücken der Bürger ausgetragenen Streikmaßnahmen (Akt 5). Nun folgten innerhalb weniger Tage die beiden bisher letzten Akte in der SPÖ-Tragikomödie, „deren weitere

Fortsetzung dieser nicht ausgeschlossen werden“, so Lopatka.

Zu den angekündigten Streiks meinte Lopatka, die Entscheidungsträger innerhalb des ÖGB sollten sich die Worte des Bundespräsidenten „im Interesse Österreichs zu Herzen nehmen“. Der Streik stelle eine große Belastung für den Wirtschaftsstandort Österreich und damit für tausende Arbeitsplätze dar. Wer ernsthaftes und ehrliches Interesse an der

bestmöglichen Lösung für die Menschen in diesem Land habe, müsse „parteiliches Denken in den Hintergrund stellen und den Weg des Konsenses beschreiten“, schloß Lopatka.

FPÖ läßt zurück an den Verhandlungstisch

Der Klubobmann der Freiheitlichen, Herbert Scheibner, meinte, „die Rückkehr an den Verhandlungstisch steht nach wie vor für alle offen“. Gesprächsverweigerung habe noch nie zu etwas geführt, der ÖGB müsse auch einsehen, daß Verhandlungen keine Einbahnstraße sein könnten. Man könne nicht Maximalforderungen aufstellen und dann nicht bereit sein, auch nur einen Millimeter davon abzuweichen.

Scheibner stellte neuerlich die Notwendigkeit der Pensionsreform fest: „Wenn jetzt nicht gehandelt wird, muß man in spätestens zehn Jahren eine Reform durchführen, die dann wirklich schmerzhaft ist.“ Durch seine Verweigerungshaltung riskiere der ÖGB auf lange Sicht einen Kollaps des Pensionssystems. Und durch die Streiks werde Österreich auch unmittelbar und sofort geschadet.

Innenpolitik / Pensionsreform



Am Dienstag, den 3. Juni, wird der Wiener Westbahnhof menschenleer sein, denn der ÖGB legt auch den Personenverkehr lahm. Foto: <http://www.bilderbox.com>

„Auch der ÖGB trägt Verantwortung für das Wohlergehen und die Zukunft der österreichischen Bevölkerung. Mit den jetzigen Aktionen wird aber das genaue Gegenteil erreicht.“

Grüne wollen nur »Reform in einem Guß«

Für eine Pensionsreform „in einem Guß“ und nicht in „zwei oder drei Etappen“ sprach sich der Sozialsprecher der Grünen, Karl Öllinger aus. Vom dem, was derzeit vorliege, halte man bei den Grünen „eigentlich sehr wenig“, auch wenn der Entwurf abgemildert sei: „Es bedeutet noch immer unzumutbare Härten“, so Öllinger.

Es sei sinnvoll, das Kapitel Pensionen aus dem Budgetbegleitgesetz herauszunehmen und einen neuen Anlauf zu unternehmen. Bis zum Herbst solle man sich Zeit nehmen, um Eckpunkte gemeinsam zu fixieren: „Für die Umsetzung und Durchführung eines neuen, vereinheitlichten Pensionssystems braucht es dann mit Sicherheit ein weiteres Jahr“, meinte Öllinger. 2004 – „ganz realistisch eher gegen Ende“ – müßte eine Pensionsreform und ein vereinheitlichtes Pensionssystem im Parlament diskutiert und beschlossen werden. Dies sei „ein Zeitplan, wie er in anderen Ländern bei ähnlichen großen Schritten auch so gemacht wird und wie es vernünftig ist“. Die Regierung habe ein anderes Konzept verfolgt, der erste Teil sollte quasi „im Husch-Pfusch-Verfahren“ am 4. Juni über das Budget-Begleitgesetz be-

schlossen werden. Noch nicht aufgegeben sei die Absicht, den ersten Teil noch vor dem Sommer zu beschließen, das halte er für falsch, sagte Öllinger.

Daß Streiks „nicht mehr erklärlich“ seien, sehe er „überhaupt nicht“, so der Abgeordnete. Er glaube, daß die Streikdrohung „zu Recht“ bestehe. Die unter 35-Jährigen und dabei vor allem die Frauen seien von der Reform „mit der vollen Härte“ betroffen. Eine Mäßigung bei der Umsetzung durch die 10 Prozent-Deckelung bedeute zudem für Personen mit niedrigen Pensionen immer noch einen Verlust „zwischen ein und zwei Monatspensionen.“

Die Wirtschaft will weiterverhandeln

Der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Dr. Christoph Leitl, meinte, man sei sich in einem sehr sachlichen und ordentlichen Gespräch durchaus über die Eckpunkte eines mittel- bis langfristigen harmonisierten Pensionssystems einig gewesen, welches auch gemeinsam gewünscht werde. Leitl: „Im kurzfristigen Bereich ist die Gewerkschaft gegen den Plan der Regierung, die gesamte Pensionsreform in zwei Schritten zu machen. Sie lehnt dabei Pensionsverluste ebenso ab wie die Abschaffung der Frühpensionen.“

Obwohl der Gesamtlösungsvorschlag der Sozialpartner von Seiten der Regierung keine Zustimmung gefunden habe, die bis-

herigen „Runden Tische“ aber gute Fortschritte und weitgehende inhaltliche Zugeständnisse der Bundesregierung ergeben hätten, nehme die Wirtschaft das Gesprächsangebot der Bundesregierung an, um weitere Verbesserungen beim vorliegenden Regierungsangebot zur Pensionsreform zu erreichen.

Leitl: „Wir sind keine Nebenregierung und versuchen daher auf Basis der vorliegenden Regierungsvorschläge, eine bestmögliche Lösung zu finden. So sehr zu begrüßen ist, daß die Pensionsverluste mit maximal 10 Prozent gedeckelt wurden, ist aus unserer Sicht hier eine weitere Verbesserung gerade bei den Kleinstpensionen – sowohl bei Gewerbetreibenden als auch Unselbständigen – notwendig. Wenn etwa eine kleine Blumenhändlerin nur 700 Euro an Pension erhält, tut jede Kürzung weh. Auch bei den Aufwertungsfaktoren für Pensionszeiten gibt es noch Handlungsbedarf.“

Leitl übt unverändert Kritik an den geplanten Streikmaßnahmen: „Das schadet dem Wirtschaftsstandort Österreich, den Betrieben und den Arbeitsplätzen. Streiks sind im 21. Jahrhundert keine adäquate Lösung. Ich habe Streiks immer abgelehnt. Arbeitskämpfe sind kontraproduktiv und schüren negative Emotionen, die dann Sachlösungen am Verhandlungstisch erschweren.“

Zur Frage, ob die jetzige Nichteinigung zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Bauern die Sozialpartnerschaft nicht nachhaltig beschädige, sagte Leitl: „Sicher nicht. In jeder Partnerschaft gibt es ab und zu Meinungsverschiedenheiten. Deshalb steht aber die Partnerschaft als solche nicht in Frage, auch wenn die Streikdrohungen hier nicht vertrauensbildend wirken. Was können unbeteiligte Betriebe dafür, daß sie und damit auch ihre Arbeitsplätze in Geiselhaf genommen werden.“

Landwirtschaft gibt Zustimmung

Das im Brief der Bundesregierung (siehe Seite 7) enthaltene Angebot stelle eine gute Grundlage für weiterführende Gespräche und die Ausschlußberatungen im Parlament dar, erklärte die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern über das Agrarische Informationszentrum AIZ. Die landwirtschaftliche Interessenvertretung betont ausdrücklich die Notwendigkeit von Reformen im Pensionsrecht und begrüßt die in den jüngsten Gesprächen zwischen der Bundesregierung und den Sozialpartnern erzielten Verbes-

Innenpolitik / Pensionsreform

serungen gegenüber dem Stand des Begutachtungsentwurfes und der Regierungsvorlage. Sie tritt weiters dafür ein, die Pensionsreform und die Harmonisierung in zwei Schritten zu lösen, und fordert eine Nachbesserung der Deckelung der Verluste für Kleinstpensionen.

„Es erscheint vertretbar, die Pensionsreform und die geplante Harmonisierung der Pensionssysteme zeitlich getrennt zu verhandeln. Die Präsidentenkonferenz erklärt sich ausdrücklich an einer Mitwirkung an der Harmonisierung des Pensionssystems interessiert und erwartet die Einbeziehung der Sozialpartner zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in die Gespräche“, so der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz, Rudolf Schwarzböck, in dem Schreiben

Bezüglich der Deckelung der Auswirkungen der Pensionsreform in der Höhe von zehn Prozent stellt die Präsidentenkonferenz im Brief an den Kanzler fest, dass gerade im landwirtschaftlichen Sektor weit überwiegend niedrige und sehr niedrige Pensionen gegeben seien.

Für diese Betroffenen seien Kürzungen der Pensionen im Vergleich zur jetzigen Rechtslage besonders schwer zu verkraften. „Im Sinne einer besseren sozialen Symmetrie hält es die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern für angemessen, die Deckelung bei sehr niedrigen Einkommensstufen beziehungsweise sehr niedrigen Pensionen deutlich unter zehn Prozent zu fixieren. Im Rahmen der Sozialpartnergespräche hat es mehrfach den Wunsch gegeben, für die sehr kleinen Pensionen eine Nachbesserung vorzusehen“, heißt es wörtlich.

ÖGB: Gleiche Leistungen, gleiche Preise

„Während die Bundesregierung in unverhältnismäßiger Weise für das Budget aus dem ASVG-System Geld zu Lasten der Arbeiter und Angestellten herausnimmt, sieht sie bei der Harmonisierung der Systeme vor allem Probleme für die VP-Klientel. Während man die Streichung von eineinhalb Monatspensionen für einen ASVG-Versicherten locker als sozial vertretbar bewertet, wird im Falle der Harmonisierung ein enormer Druck auf bäuerliche Familien und Gewerbetreibende konstatiert. Hier werden die Probleme verschiedener gesellschaftlicher Gruppen derartig ungleich bewertet, daß der Zorn und die Unzufriedenheit der unselbständig Erwerbstätigen nur allzu verständlich ist“, erklärt der



War in diesem Ausmaß bisher unseren italienischen Nachbarn vorbehalten: landesweite Streiks, die auch die Privatwirtschaft treffen Foto: <http://www.bilderbox.com>

Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Hans Sallmutter.

„Eine echte Harmonisierung kann nur bedeuten, daß für künftige Ansprüche gleiche Beiträge gleiche Leistungen zur Folge haben. Jeder ins System einbezahlte Euro muß für die Pensionshöhe gleich viel wert sein.“ Sallmutter erinnert an die Tatsache, daß die Zuschußleistungen des Staates bei den ASVG-Versicherten mit ca. 15 Prozent am geringsten sei, gerade dort aber in unzumutbarer Weise hinein geschnitten wird.

Sallmutter appellierte noch einmal an die Regierung, das Angebot anzunehmen, gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Oppositionsparteien an einer langfristigen Pensionsreform zu arbeiten, die diesen Namen auch verdiene. Die Zeit des Verschleppens müsse nun endlich vorbei sein. „Ohne die Unterstützung aller Parteien und der Sozialpartner kann diese große Reform, die in einem Verfassungsgesetz verankert werden muß, nicht gelingen. Daher weg mit den ungerechten und unnötigen Maßnahmen zu Lasten der Unselbständigen und Start echter Verhandlungen für eine dauerhafte und gerechte Absicherung des öffentlichen Pensionssystems.“

AK: Vorstellungen der Regierung sind chaotisch

Ähnlich die Stellung der Arbeiterkammer, die feststellt, daß die Vorstellungen, auf denen die Regierung in den Verhandlungen am 26. Mai letztlich beharrt habe, die Arbeitnehmer im ASVG stärker belasteten

als für eine Pensionssicherung notwendig wäre. Gegenüber jenen, die lange gearbeitet hätten, sei das ungerecht. Die jüngsten Vorstellungen der Regierung wären chaotisch und konzeptlos: Sie unterschieden sich stark von dem, was für eine mittel- und langfristige Pensionssicherung, für eine Harmonisierung der Pensionen der Arbeitnehmer, Gewerbetreibenden, Bauern und des öffentlichen Dienstes und für die Errichtung eines persönlichen Pensionskontos notwendig wäre.

Die Harmonisierung der Pensionssysteme sei für die Regierung kein Thema. Der nun vorliegende Vorschlag sieht sofortige Kürzungen bei unselbständig Beschäftigten vor. Das ist unverträglich mit einer kommenden Harmonisierung. Wenn das Ziel „Harmonisierung“ sei, müsse auch in den Übergangsregelungen dieses Ziel verfolgt werden, fordern die Arbeitnehmerorganisationen.

Die Arbeitnehmervertretungen hätten seit Wochen und auch in den Verhandlungen am 26. Mai wieder angeboten, an einer wirklich umfassenden Pensionsreform mitzuwirken, die die unterschiedlichen Systeme unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes zu einem gerechten und einheitlichen System zusammenführe, die vor dem Hintergrund der Alterung der Gesellschaft die langfristige Finanzierung des Pensionssystems sicherstelle, statt mit überfallsartigen Eingriffen kurzfristig Budgetwünsche zu finanzieren, die mit der Pensionssicherung nichts zu tun hätten. Die vorliegenden Regierungsvorschläge seien unsozial, konzeptlos und unnötig. *m.m.*

Pensionen: Das Regierungsangebot an die Sozialpartner im Wortlaut

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Mag. Herbert Haupt haben den Sozialpartner-Spitzen Dr. Christoph Leitl (Wirtschaftskammer) Rudolf Schwarzböck (Landwirtschaftskammer), Mag. Herbert Tumpel (Arbeiterkammer) und Fritz Verzetnitsch (ÖGB) am Dienstag (20. Mai) ihr Angebot für die Pensionsreform übermittelt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Präsidenten!

Wie in den gestern Abend unterbrochenen Verhandlungen zur Pensionssicherungsreform mit Ihnen angekündigt, erlauben wir uns Ihnen im folgenden das gestern mündlich formulierte Angebot schriftlich zu wiederholen und zu präzisieren und unsere Einladung an Sie zu weiteren Gesprächen zu erneuern.

1. Harmonisierung des Pensionssystems – Einheitliches Pensionssystem für alle

Die Prinzipien eines einheitlichen Pensionsrecht stehen zwischen Regierung und Sozialpartnern außer Streit. Ziel ist es nach 45 Beitragsjahren im Alter von 65 Jahren für Männer und Frauen eine Ersatzrate von 80 Prozent auf Basis des Lebenseinkommens zu erreichen. Berufsanfänger sowie Erwerbstätige unter 35 Jahren sollen ab 2004 in ein neues einheitliches Pensionsrecht auf Basis der Rahmenbedingungen des ASVG integriert werden.

- Schaffung eines beitragsorientierten persönlichen Pensionskontos mit leistungsorientierter Komponente.
- Schrittweise Harmonisierung der Beitragssätze und Beitragsgrundlagen bei gleichzeitiger Vereinheitlichung der Leistungen.
- Verbesserte Aufwertung zukünftiger Beitragszeiten ab 2004 unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung.
- Nach Erreichung des Barcelona-Ziels zur Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer soll ausgehend vom Regelpensionsalter von 65 Jahren nach internationalen Beispielen (Schweden) die Schaffung eines Pensionskorridors mit Bonus/Malus zur Ermöglichung eines selbstbestimmten Pensionsantritts geprüft werden.

2. Pensionssicherungsreform

Die Anhebung des vorzeitigen Pensionsalters erfolgt beginnend mit 2004 in Schritten von 4 Monaten (statt wie bisher in der Regierungsvorlage 8 Monaten pro Jahr mit dem Auslaufen 2009/1013) pro Jahr. Daraus ergibt sich das Auslaufen der Frühpension mit 2014/2017.

Die Absenkung des Steigerungsbetrages von 2 auf 1,78 erfolgt über 5 Jahresschritte beginnend mit 2004, damit nach 45 Versicherungsjahren 80 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Pensionsberechnung erreicht werden.

Die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums auf 40 Jahre erfolgt wie in der Regierungsvorlage vorgesehen.

Die Neuregelung über Zu- und Abschläge mit 4,2 Prozent erfolgt wie in der Regierungsvorlage vorgesehen.

Der 80 Prozent-Deckel als maximaler Steigerungsbetrag entfällt sofern der Steigerungsbetrag 1,78 beträgt. Damit wird erreicht, dass über 45 Versicherungsjahre hinausgehende Zeiten zu höheren Pensionen führt.

Die maximale Verlustobergrenze bei Pensionsantritt gegenüber dem heute bestehenden Pensionsrecht wird mit 10 Prozent begrenzt. Niemand kann mehr als 10 Prozent verlieren. Tatsächlich beträgt der Durchschnittsverlust laut außer Streit gestelltem Expertenbericht in den nächsten Jahren zwischen rund 3 Prozent und rund 8,2 Prozent.

Jahr	Frauen	Männer
2004	- 3,0 Prozent	- 5,7 Prozent
2005	- 5,1	- 6,8
2006	- 6,9	- 7,7
2007	- 8,2	- 8,2

Die sogenannte „Hacklerregelung“ wird weiter verbessert in dem die jeweiligen Abschläge nicht vom gesetzlichen Pensionsalter (60/65) sondern vom jeweils geltenden Frühpensionsalter (derzeit 56,5/61,5) gerechnet werden.

Die „Hacklerregelung“ ist ident auch im BSVG und GSVG abzubilden.

Der Sozialminister wird möglichst im Einvernehmen mit den Sozialpartnern kurzfristig eine Schwerearbeiterregelung erarbeiten, die jedenfalls noch vor 2007 in Kraft treten wird.

Der pensionsbegründende Anteil der Kindererziehungszeiten wird von derzeit 18 auf 24 Monate erhöht.

Pro Kind wird der Durchrechnungszeitraum für die über 15 Jahre liegenden Zeiten um 3 Jahre verkürzt.

Die Bemessungsgrundlage für pensionserhöhende Kindererziehungszeiten wird in 25 Jahresschritten von derzeit 100 Prozent des Ausgleichszulagenrichtsatzes auf 150 Prozent erhöht.

Hinsichtlich der Invaliditätspension wird das Hinzurechnungsalter von derzeit 56 Jahren angehoben.

Hinsichtlich der Ersatzzeiten für Zeitsoldaten werden zukünftig bis zu 30 Ersatzmonate bei Erfüllung der Voraussetzung für die vorzeitige Alterspension und für die „Hacklerregelung“ in Anrechnung gebracht.

Für die Jahre 2004 und 2005 wird die Pensionsanpassung durch einen Fixbetrag, dessen Berechnung sich am Ziel der Wertsicherung anstelle der bisher gültigen Nettoanpassung zu orientieren hat, erfolgen. Dadurch werden vor allem kleinere Pensionen stark begünstigt werden.

Die Nachkaufsmöglichkeit von Studienzeiten für Akademiker soll von derzeit 8 auf 12 Monate pro Studienjahr (Regelstudienzeit) erhöht werden.

Die Sozialversicherungsträger sollen ermächtigt werden die bestehenden Härtefonds höher zu dotieren.

Für Unternehmensgründer soll die Möglichkeit zur freiwilligen Höherversicherung in der Gründungsphase geschaffen werden.

3. Arbeitsmarkt- und Wachstumspaket

Verlängerung der Altersteilzeit in veränderter Form über das Jahr 2003 hinaus bei schrittweiser Anhebung des Antrittsalters über einen Zeitraum von 10 Jahren auf 55/60.

Die Höhe des Altersübergangsgeldes entspricht dem Arbeitslosengeld und einem Zuschlag von 25 Prozent. Das Altersübergangsgeld nach Arbeitslosigkeit wird solange über das Jahr 2006 hinaus aber maximal bis 2009 verlängert, bis die Arbeitslosenquote 4 Prozent nach Eurostat unterschreitet.

Die Rahmenfristerstreckung für Selbstständige in der Arbeitslosenversicherung wird über das Jahr 2003 hinaus verlängert.

Die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer ab 56/58 werden in einem Ausmaß von 140 Mio. pro Jahr gesenkt.

Für arbeitslos gewordene Arbeitnehmer unter 25 respektive über 50 Jahren wird ein Anspruch auf Ausbildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen durch das AMS geschaffen.

Bei einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation insbesondere im Verhältnis der europäischen Arbeitsmärkte wären zusätzliche Mittel für Sonderprogramme zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen.“

Außenministerin Ferrero-Waldner eröffnete österreichisches Unfallspital in Rumänien

Temesvar (bmaa) – „Ich bin stolz darauf, daß die neue Unfallklinik den Namen Österreichs tragen wird“, so Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner am 22. Mai bei der Eröffnung der „Casa Austria“ im rumänischen Temesvar.

Österreichische Mediziner hatten nach einem Hilfseinsatz in Temesvar im Zuge der rumänischen Revolution im Jahr 1989 beschlossen, eine Unfallabteilung nach westlichem Standard zu errichten. Die Arbeit der Mediziner im desolaten Spital wurde vom österreichischen Fernsehen übertragen und mit einem Spendenaufruf zum Bau eines modernen Unfallkrankenhauses verbunden. In nur wenigen Wochen spendeten die Österreicher über 580.000 Euro. Der Wiener Unfallchirurg Professor Dr. Johannes Poigenfürst legte 1993 den Grundstein für die „Casa Austria“.

„Die Initiative für die ‚Casa Austria‘, ihr Fortschritt und ihre Vollendung ist engstens mit der Person von Johannes Poigenfürst verbunden“, so die Außenministerin. „Es war Professor Poigenfürst, der dieses Projekt auch während schwieriger Phasen, unermüdlich weiterverfolgte. Er war es auch, der dieses Projekt an das Außenministerium herantrug, das auf mein Betreiben hin mit über 2 Millionen Euro zu einem der großen Förderer dieses Spitalbaus wurde. Das Außenministerium und das Team von Professor Poigenfürst erstellten in der Folge auch einen Organisationsplan, der vor allem mit der Hilfe von Caritas Österreich und der Caritas der Diözese Temesvar die Fertigstellung der Klinik ermöglichte. Neben den 60 Betten wurden vier Intensivbetten für Patienten mit schwer-



Die rumänische Europaministerin Hildegard Carola Puwak, AM Dr. Benita Ferrero-Waldner und Prof. Dr. Poigenfürst bei der Besichtigung des neuen Krankenhauses

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

sten Verbrennungen, eine Abteilung für Polytrauma, für Verbrennungen mit plastischer Chirurgie und für Wiederherstellungschirurgie der Extremitäten errichtet. Die Gesamtkosten der „Casa Austria“ belaufen sich laut dem Projektmanagement unter der Leitung der Caritas auf 4,4 Millionen Euro.

„Die ‚Casa Austria‘ ist ein sichtbares Zeichen der Solidarität und der Freundschaft zwischen Österreich und Rumänien und ich möchte mich bei allen bedanken, die sich für dieses Projekt mit großem Idealismus eingesetzt haben. Österreich möchte auch ein enger Partner Rumäniens auf seinem Weg zurück

in die Europäische Familie sein. Wir haben gemeinsame Interessen sowohl in Europa als auch in Zentral- und Südosteuropa und im Donau-Becken. Es ist daher auch kein Zufall, daß die Donauraumkooperation auf einer Österreichisch-Rumänischen Initiative gründet“, so Ferrero-Waldner.

Die Außenministerin hob auch den langen Weg, den Rumänien seit der Revolution 1989 gegangen ist, hervor: „Das heutige Rumänien ist ein demokratisches Rumänien mit sich bessernden Wirtschaftsbedingungen und ein Kandidat für den EU-Beitritt, den es – und da bin ich zuversichtlich – im Jahre 2007 verwirklichen wird.“ ■

Salzburg und China verstärken Beziehungen

Salzburg (lk) – Eine hochrangig besetzte China-Tagung fand am 8. Mai in der Alten Salzburger Residenz statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich bzw. Salzburg und China in der Wirtschaft, Kultur, Steuerrecht und Export darzustellen, erklärte LH-Stellvertreter Wolfgang Eisl. Fachleute aus der Wirtschaft und hochrangige offizielle Vertreter erörterten die zahlreichen wirtschaftlichen und kulturellen Anknüpfungspunkte zwischen den beiden Ländern. ■

Südtirols Landeshauptstadt hat Stadt Wien besucht

Wien (rk) – Der 1. Präsident des Wiener Landtags, Johann Hatzl, hat am 23. Mai im Rathaus eine Delegation von Bozener Kommunalpolitikern empfangen. Der Leiter der zehnköpfigen Delegation, Vizebürgermeister Elmar Pichler Rolle, traf am Rande des Gemeinderates mit Präsident Hatzl zusammen. Bozen hat rund 100.000 Einwohner, wovon rund drei Viertel als Muttersprache italienisch haben. Seit 1948 gibt es in Bozen einen frei gewählten Gemeinderat, der sich zu Zeit aus insgesamt 16 Parteien zusammensetzt. ■

Europäisch denken – Zielgerade zum EU-Beitritt

Vom 14. bis 16. Mai 2003 fand in Szombathely/Westungarn die 9. Österreichisch-Ungarische Konferenz mit dem Thema „Europäisch denken und arbeiten. In der Zielgeraden zum EU-Beitritt“ statt. Diese Konferenz hat bereits eine langjährige Tradition und beschäftigt sich mit grenzüberschreitend aktuellen arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Problemstellungen. Sie ist mittlerweile zur bedeutendsten Veranstaltung über Fragen der Beschäftigung und der Arbeitsmärkte in Ungarn und Ostösterreich geworden. ■

Ohne Preis kein Fleiß

Ergebnisse einer repräsentativen Österreich-Umfrage,
ob Österreicher zu mehr Leistung am Arbeitsplatz bereit sind

Wien (sora) – Die Österreicher sind nur teilweise bereit, mehr Leistung am Arbeitsplatz zu erbringen, das ergibt eine repräsentative Studie des SORA-Institutes im Auftrag der Europäischen Wissenschaftstage in Steyr und dem Institut für Unternehmensberatung Wentner-Havranek. Zwar geben 75 Prozent aller Befragten an, ihre persönliche Arbeitsleistung steigern zu können, doch sind nur 55 Prozent bereit, das auch tatsächlich zu tun. Die Ursache für diese mangelnde Leistungsbereitschaft liegt vor allem darin, daß lediglich 33 Prozent der Arbeitnehmer reale Chancen sehen, ihre berufliche Situation zu verbessern. „Daraus läßt sich eine Grundhaltung der Österreicher nach dem Motto ‚Ich könnte mehr leisten, will aber nicht, weil es nichts bringt‘ ableiten“, erklärt Edith Enzenhofer vom SORA-Institut.

Leistungspotenziale nicht ausgeschöpft

„Die Studie zeigt deutlich, daß es Potenziale zur Steigerung der Produktivität gibt“, bestätigt Mag. Christian Havranek vom Institut für Unternehmensberatung Wentner-Havranek. „Die Österreicherinnen und Österreicher sind bereit, mehr zu leisten. Aber nur, wenn es auch Konsequenzen nach sich zieht, etwa eine Gehaltserhöhung oder bessere Aufstiegschancen.“ Besonders ausschlaggebend für die Leistungsbereitschaft ist die Überzeugung, Handlungsspielraum zu haben. Arbeitnehmer, die das Gefühl haben, die eigene Arbeitsleistung und die berufliche Situation selbst beeinflussen zu können, sind eher bereit, mehr als bisher zu leisten, als jene, die diesen Eindruck nicht haben. Erschwerend kommt hinzu, daß Geschäftsführer und Personalverantwortliche die Bedeutung solcher Anreize unterschätzen. „Weiterbildung, flexible Arbeitszeiten oder Sozialeleistungen sind für Arbeitnehmer klare Anreize, mehr zu leisten. Aber viele Arbeitgeber nehmen diese Themen nicht wirklich ernst.“ Fazit: „Wollen Unternehmen das Leistungspotential ihrer Mitarbeiter ausschöpfen, müssen sie entsprechende Anreize schaffen!“

Ein weiterer Grund für die eingeschränkte Leistungsbereitschaft ist die mangelnde Transparenz in den Unternehmen: Leistung ist noch immer ein Tabu, und wird in zwei

Drittel der Betriebe nicht offen diskutiert. Damit fehlt auch eine wesentliche Basis für Diskussionen über Leistungsanreize (Incentives). „In der Wissenschaft setzen sich hochrangige Personalökonomien seit den siebziger Jahren mit Themen wie Vertragstheorie und Vergütungsmodelle auseinander“, erklärt DI Berghold Bayer von den Europäischen Wissenschaftstagen in Steyr, die sich vom 13.-18. Juli mit dem Thema „Arbeit, Lohn und Leistung“ beschäftigen. „Auch wissenschaftliche Forschungen haben bestätigt, daß Incentives eine entscheidende Rolle in der Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern spielen. Es ist höchste Zeit, daß diese Erkenntnisse nun gezielt an die Personalverantwortlichen vermittelt werden“, so Bayer.

Flexibilität: Modernität hat Vorrang

Dennoch passen sich die österreichischen Arbeitnehmer den Erfordernissen der modernen Gesellschaft an: Sie sind bereit, aktuellen Leistungskriterien wie dem Erlernen moderner Technologien und erhöhter Flexibilität zu entsprechen und sich persönlich und beruflich weiter zu entwickeln. Sie sind daran interessiert, mehr Verantwortung zu übernehmen und Ideen und Vorschläge einzubringen. Damit deckt sich das Leistungsverständnis der Beschäftigten mit jenem der Personalverantwortlichen und Geschäftsführer. Leistung wird generell immer seltener im traditionellen Sinn von Mehrarbeit ver-

standen, was zählt, ist die Qualität der Arbeit.

Zählen soziale Komponenten oder hard facts?

Gute Zusammenarbeit, Kommunikation und Anerkennung sind unumstritten die wichtigsten Faktoren am Arbeitsplatz. Sowohl Geschäftsführer als auch Mitarbeiter sind sich in der hohen Bewertung eines funktionierenden Betriebsklimas einig. Personalvertreter haben hingegen ein eher traditionelles Arbeitsverständnis und betonen die Bedeutung des Einkommen und der Arbeitszeitregelung. Geschäftsführer unterschätzen wiederum die Bereitschaft zu Weiterbildung und beruflichem Aufstieg sowie die entscheidende Rolle bezahlter Weiterbildungsmöglichkeiten und familienfreundlicher Arbeitszeiten. Das wirkt sich auch auf die Einstellung der Arbeitnehmer aus: Da die Geschäftsführer hard facts wie Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, betriebliche Sozialeleistungen und Weiterbildungsangebote in ihrer Bedeutung für die Mitarbeiter unterschätzen, kann dies zur Anpassung der Arbeitnehmer an den Status quo führen. Dennoch zeigt sich in Betrieben, in denen bewußt Leistungs-Incentives gesetzt werden, eine positive Wirkung: Nichtmonetäre Anreizsysteme steigern das Motivationsniveau und schaffen Leistung im Sinne von Qualität und Engagement. Trotzdem ist es aber letztlich ein höheres Grundgehalt, das die Bereitschaft erhöht, im Sinne von Mehrarbeit noch mehr zu leisten. ■

Bauwirtschaft hat Konjunkturtal durchquert

Wien (ba-ca) – Die österreichische Bauwirtschaft hat den Konjunkturtiefpunkt zwar durchschritten. Ihre Rolle als Stütze des Wirtschaftswachstums ging in den letzten Jahren aber verloren. So faßt Günter Wolf von der Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft im jüngsten Branchenbericht die letzten Geschäftsjahre der heimischen Baubranche zusammen. Der Umsatz der Bauwirtschaft ist um geringe 0,8 Prozent nominell auf 17,8 Milliarden Euro gestiegen. Preisbereinigt ist das Bauvolumen im Land wieder um mehr als 1 Prozent gesunken. ■

Österreichs Automarkt erholt sich zunehmend

Wien (statistik austria) – Berechnungen der Statistik Austria ergaben bei den neu zugelassenen Kraftfahrzeugen im April 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat einen hohen Anstieg von 8,7 Prozent. Die Zunahme bei PKW/Kombi-Neuzulassungen betrug 5,3 Prozent, die Zahl der neu zugelassenen dieselbetriebenen PKW/Kombi (Anteil 69,3 Prozent) stieg gegenüber April 2002 um 6,8 Prozent. Damit wurde bei den PKW/Kombi-Neuzulassungen insgesamt wieder der Stand von April 2001 (31.904) erreicht. ■

Mangelnde Nachfrage

In Europa gibt es derzeit keine Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung. Die Umfrageergebnisse sind in Österreich ebenso wie in der EU relativ labil, sie zeigen keine Aufwärtstendenz. *Von Ewald Walterskirchen *)*

Nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzung im Irak gaben die Rohölpreise nach, und die Aktienkurse zogen an. Die Reaktion der Wirtschaft und der Verbraucher ist noch ungewiß.

Die europäische Konjunktur lahmt weiterhin. Es fehlt an Nachfrage von Seiten der Unternehmen, der Haushalte und des Staates. Die mehrmaligen Zinssenkungen reichten gerade aus, um die Stimmung zu stabilisieren. Ein Konjunkturaufschwung ist derzeit nicht in Sicht. Die wirtschaftlichen Impulse in den USA konzentrieren sich auf Rüstungsausgaben, von denen Europa wenig profitiert. Der starke Anstieg des Euro-Kurses dämpft die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone. Die EU-Wirtschaftspolitik hält unbeirrt an ihren langfristigen Budget-, Inflations- und Arbeitsangebotszielen fest.

Das reale BIP der Euro-Zone stieg im IV. Quartal 2002 nach vorläufigen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 1,3%. Der saisonbereinigte Vorquartalszuwachs verringerte sich auf 0,1%, da Exporte und Investitionen stagnierten. Nur vom privaten Konsum kamen trotz der gedrückten Stimmung mäßige, aber positive Wachstumsbeiträge.

Das Ende des Irak-Kriegs hat große politische Unsicherheiten beseitigt, die Rohölpreise sind gesunken, die Aktienkurse haben sich erholt. Wegen der wirtschaftlichen Risiken und des Mangels an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage sind jedoch auch kurz nach Ende der militärischen Auseinandersetzung im Irak keine Auftriebstendenzen zu erkennen.

Österreichs Entwicklung ähnlich wie in Euro-Zone

In Österreich entwickelt sich die Wirtschaft ähnlich wie in der Euro-Zone. Im IV. Quartal betrug das BIP-Wachstum 1,1% (-0,1% gegenüber dem Vorquartal). Die aktuellen Konjunkturumfragen deuten nicht auf eine Verbesserung hin. In der Sachgütererzeugung

schwankt die Stimmung von Monat zu Monat, eine eindeutige Aufwärtstendenz fehlt. Die Exportaufträge wurden zwar im II. Quartal etwas günstiger eingeschätzt, die Erwartungen bezüglich der Produktion und der Geschäftslage jedoch zurückgenommen.

Die Streiks im Zusammenhang mit der Pensionsreform ziehen im Mai kurzfristig Produktionsausfälle nach sich. Diese können jedoch angesichts der schlecht ausgelasteten Kapazitäten in den folgenden Wochen weitgehend ausgeglichen werden (außer im Verkehr, Bildungs- und Medienbereich).

Konjunkturschwäche beeinträchtigte 2002 und Anfang 2003

Die Konjunkturschwäche beeinträchtigte 2002 und Anfang 2003 die Beschäftigungsnachfrage. Im April stieg jedoch die Zahl der aktiv Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um rund 8.000. Dazu trug die günstige Entwicklung in den Saisonbranchen (Tourismus, Baugewerbe) entscheidend bei, in der Sachgüterproduktion wurden weiter Arbeitsplätze abgebaut. Die Zahl der Arbeitslosen stagnierte im April auf dem Vorjahresniveau. Die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit sollte geht wesentlich auf eine Zunahme der Schulungsaktivitäten (+10.000), der Zahl der Pensionsvorschußbezieher sowie eine günstige Entwicklung in den Saisonbranchen zurück.

Die Entwicklung der Leistungsbilanz wird durch die flauere Konjunktur begünstigt. Die Importe sanken vor allem infolge des Investitionseinbruchs deutlich. Im Jahr 2002 wurde erstmals seit 1991 ein Überschuss in der Leistungsbilanz erzielt, in den ersten Monaten 2003 hielt diese Tendenz an.

Preisentwicklung

Auch die Preisentwicklung steht im Zeichen der Konjunkturschwäche. Die Inflationsrate betrug im März 1,8%, sie ist seit einem halben Jahr stabil. Zur preisdämpfenden Wirkung des Anstiegs des Euro-Kurses kam im April der Rückgang der Rohölpreise. ■

OMV: Quartalsergebnis stark angestiegen

Wien (omv) – Die OMV, der führende integrierte Öl- und Erdgaskonzern Zentral- und Osteuropas, berichtet über eine erfreuliche Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2003. Der Betriebserfolg (EBIT) stieg um 81 Prozent auf 145 Mio Euro gegenüber 80 Mio Euro im Vergleichszeitraum 2002. Der Periodenüberschuss lag mit 94 Mio Euro um 135 Prozent über jenem des ersten Quartals 2002. Generaldirektor Wolfgang Ruttenstorfer: „Wir konnten den positiven Trend aus dem vierten Quartal 2002 im ersten Quartal 2003 fortsetzen. Mit den heuer getätigten Akquisitionen und dem erfreulichen Quartalsergebnis führen wir unsere Wachstumsstrategie konsequent fort.“ ■

Tirol Milch mit kontrolliert gentechnikfreier Milch

Wörgl (tirol milch) – „Seit 1. März füttern 720 Bauern im Tiroler Oberland ihre Milchkühe nach den strengen Vorschriften des Lebensmittel-Kodex für gentechnikfreie Produkte. Ab September werden wir berechtigt sein, das dafür entwickelte Gütesiegel der ARGE Gentechnikfreiheit zu verwenden“, teilte Obmann Hans Schweiger mit. Um die Umstellung für die Lieferanten aus eigener Erfahrung nachvollziehen zu können, hat Schweiger auch die Milchwirtschaft am eigenen Hof in Sistrans bei Innsbruck auf die besonderen Richtlinien umgestellt. Das neue Produkt wird zunächst als Voll- und als Leichtmilch in der Ein-Liter-Packung erhältlich sein und preislich zwischen der normalen Milch und der Biomilch liegen. ■

Fruchtsafthersteller mit Vitamin B

Rankweil (twp.at) – Am Anfang stand 1919 eine kleine Lohnmosterei für die Bauern der Umgebung. Jahre später folgten erste Schritte zur Apfelsaft-Produktion für die Region. Mittlerweile haben sich die Dimensionen verschoben. Heute ist die Vorarlberger Rauch Fruchtsäfte GmbH & Co der unbestrittene Fruchtsaftkönig in Österreich. Das Rankweiler Unternehmen verfügt gegenwärtig über eine Abfüllkapazität von 125.000 Litern in Getränkekartons, 300.000 Dosen, 80.000 PET-Flaschen und 40.000 Glasflaschen; nicht pro Tag – pro Stunde! ■

*) Dkfm. Dr. Ewald Walterskirchen, Österr. Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom 9. Mai 2003

Sisis Traum

Das höfisch-biedermeierliche Fest aus Anlaß des 150. Jahrestages der Verlobung von Kaiser Franz Joseph I. und Prinzessin Elisabeth in Bayern am 23. und 24. August 2003 in der Kaiservilla in Bad Ischl

Vor 150 Jahren fand in Bad Ischl die Verlobung von Kaiser Franz Joseph I. und Prinzessin Elisabeth in Bayern statt.

Im Sommer 1853 kam es in Bad Ischl zur entscheidenden Begegnung zwischen dem jungen Kaiser Franz Joseph I. und seiner Cousine Elisabeth. Fünf Jahre nach seiner Thronbesteigung galt der 23jährige als interessantester Junggeselle Europas. Seine Hochzeit würde Weichen stellen für den Fortgang der Dynastie. Seine Mutter, die aus dem Haus Wittelsbach stammende Erzherzogin Sophie, hatte ihre Nichte Helene als Braut auserwählt. Die 15jährige Elisabeth, Helenes Schwester, kam als deren Begleitung mit nach Ischl. Franz Joseph wandte seine Aufmerksamkeit und bald sein Herz der jüngeren Schwester zu, und als er ihr bei dem Ball anlässlich seines Geburtstages am 18. August 1853 den Kotillonstrauß überreichte, war es klar, daß die nächste Kaiserin Elisabeth heißen würde.

Das junge Paar erhielt die Villa als Hochzeitsgeschenk von der Mutter des Kaisers, Erzherzogin Sophie. Die Kaiservilla, in Windeseile von dem zuvor schon prächtigen Landhaus „Villa Eltz“ erheblich baulich in etwa den heutigen Zustand umgestaltet, konnte bereits im Sommer 1854 von dem frisch vermählten Kaiserpaar bezogen werden.

Das Gebäude erhielt seine besondere Form des „E“; neben verschiedenen zusätzlichen Funktionsbauten wurde der herrliche Park angelegt, der heute als „Kaiserpark“ am Fuß des Jainzenberges liegt.

1856 kam das Cottage im Tudorstil dazu, das heutige „Marmorschlößl“; der etwa 1865 weitgehend abgeschlossenen Gesamtanlage wurde 1884 noch der Brunnen vor dem Haupteingang der Kaiservilla hinzugefügt.

Die Kaiservilla ist im Privatbesitz der Familie Habsburg-Lothringen.

Das höfisch-biedermeierliche Sommerfest mit einem taglangen Angebot szenischer, musikalischer, gastronomischer, botanischer

Mag. Markus Habsburg-Lothringen selbst erläutert die Beweggründe für »Sisis Traum«

„Sisis Traum“ in der Kaiservilla in Bad Ischl findet am 23. und 24. August 2003 statt. Bei diesem besonderen Anlaß werden Tradition und Unterhaltung ineinanderfließen.

Vor 150 Jahren haben meine Urgroßeltern, Kaiser Franz Joseph und die damals fünfzehnjährige Prinzessin Elisabeth in Bayern, sich hier in Bad Ischl verlobt. Diese Villa wurde ihnen ein Jahr später von der Mutter des Kaisers, Erzherzogin Sophie, zum Geschenk gemacht, und seither ist sie ein privates Refugium der Familie, ein Wohnsitz seit Generationen.

Der herrliche Park ist ebenso wie der museale Teil der Villa der Öffentlichkeit zugänglich, und es bereitet mir immer wieder Freude, wenn ich sehe, mit wieviel Interesse und Aufmerksamkeit Besucher aus aller Welt durch diese biedermeierlichen Anlagen spazieren. Natürlich hat auch in diesem Haus die Moderne längst Einzug gehalten, und doch kann sich wohl kaum jemand dem Eindruck entziehen, hinter dem Ticken alter Uhren den Pulschlag einer Vergangenheit zu spüren, die nicht vergessen ist.

Die Anziehungskraft, die Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth seit Generationen auf Menschen aller Herkunft und aller Bildungsgrade ausüben, erscheint mir ungebrochen. In Filmen, Jubiläen, Ausstellungen, ja selbst Musicals und Zeichentrickfilmen entdecken immer wieder vor allem junge Menschen diese beiden faszinierenden historischen Persönlichkeiten neu und suchen ihren Zugang zu ihnen.

Trotz der schier unübersehbaren Fülle der Materialien ist es immer wieder das persönliche Schicksal der Herrschenden, das Private, in dem Glück und Tragik zusammenfließen, das über die Zeiten hinweg zu dem lebendigen Angedenken beiträgt.

Mir erscheint dieses Jubiläum, der 150. Jahrestag der Verlobung, ein guter Anlaß, aus diesem Ort heraus ein Fest zu entwickeln; ein Fest, in dem die Fülle einer Zeit vor uns ausgebreitet wird, einer biedermeierlichen Lebensform, der Freude an schönen Dingen.

Die uralten Bäume im Kaiserpark haben vieles gesehen und können vieles erzählen. Wir wollen ihnen zuhören und die Brücke über anderthalb Jahrhunderte voller Geschichte und Geschichten schlagen. So wird der private Anlaß zum öffentlichen künstlerischen und unterhaltsamen Ereignis. Ein Ereignis, von dem ich mir wünsche, daß es ein Erfolg werde und daß möglichst viele Menschen aus Nah und Fern, Einheimische und Touristen, daran teilhaben mögen. Ein Ereignis, das ich gerne als Auftakt sehen möchte zu einer lockeren Reihe von Veranstaltungen, die im Lauf kommender Jahre aus dem hier waltenden Genius loci entstehen können.

Zu diesem Zweck habe ich mich mit einem Team von Künstlern verbündet, deren qualitätvolle Arbeit mir Garant ist für das Vorhaben, nicht der schier unübersehbaren Zahl von Festspielen aller Art irgendein Event hinzuzufügen, sondern hier in der Kaiservilla in Bad Ischl etwas Unverwechselbares zu schaffen, das *mit* diesem Ort und *durch* diesen Ort wirkt. Für die Stadtgemeinde Bad Ischl, deren Aufblühen mit der vor bald zweihundert Jahren begonnenen Präsenz des Hauses Habsburg wohl eng verknüpft ist, möge daraus eine weitere Attraktion erwachsen.

Mag. Markus Habsburg-Lothringen
(Urenkel von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth)

Wissenschaft und Technik



Unterhaltung von besonderer Konzeption. Ein Tageslauf von der Morgenstimmung zur nächtlichen Serenade.

Mehrere Bühnen werden an markanten Punkten des Parks errichtet. Dazu gibt es, über das gesamte Gelände verstreut, zum Teil versteckte, zu entdeckende Erlebnis-Orte. In der Gesamtheit der verschiedenen szenischen Aktionen erleben die Besucher einen taglangen Rundgang. Die Zeitreise „Historama“ durch die Jahrhunderte habsburgischer Geschichte – von Rudolf I. bis Karl I. – „umrankt“ den Schwerpunkt, das seit 150 Jahren die Gemüter bewegende Faszinosum von

Kaiser Franz Joseph I. und Kaiserin Elisabeth.

Die „Zeitmaschine Kaiserpark“ wird bevölkert von Künstlern in den Kostümen einer vergangenen Zeit, die in ihrer Ausstrahlung bis heute wirkungsmächtig geblieben ist. Mit allen Mitteln der Kunst entsteht ein großes Epochenbild, in das der Besucher eintaucht – und so auch selbst zum Mitwirkenden der Veranstaltung werden kann.

Das künstlerische Unterhaltungs- und Erlebnisprogramm wird begleitet von einem gastronomischen Streifzug durch die Kronländer. Mehr als ein Dutzend sinnlich gestalteter Eß- und Trink-Einrichtungen läßt den

ganzen kulinarischen Reichtum des Vielvölkerstaates erleben. Biedermeierliche Spieleinrichtungen bieten die Möglichkeit, die Freizeitgestaltung früherer Generationen kennenzulernen.

Der herrliche Kaiserpark wird durch eine Fülle botanischer Maßnahmen für 48 Stunden ein Bild bieten wie zur Zeit der glücklichen Jahre des Kaiserpaares in Ischl.

Dazu kommen besondere Einrichtungen wie das Wiesenlabyrinth, der Heinrich-Heine-Hain, die Peter-Schlemihl-Grotte, die von englischen Architekten ersonnene Luftarchitektur IXILUM und und und ...

In einem Filmraum werden Dokumente gezeigt, die zum Teil in Österreich noch nie zu sehen waren, in einem anderen Raum gibt es neben der umfassenden Information zur Geschichte der Habsburger und Wittelsbacher die Möglichkeit für die Besucher, sich selbst mit den Grundlagen der Ahnenforschung vertraut zu machen.

Die Besucher können das in sich verwobene Angebot im Lauf eines Tages insgesamt wahrnehmen, verschiedene Begleitmaterialien bieten Orientierung.

Eine Führung durch die Kaiservilla und der Besuch des Photomuseums sind Bestandteil des Angebotes.

Der Tag schließt mit einem abendlichen Musik-Licht-Ereignis ab. In dieser „Serenade“ wird „Sisis Traum“ zum „Sommernachts Traum“, Traum und Realität verschwimmen zu einem Ereignis, wie es so nur in Bad Ischl, im Kaiserpark erlebbar ist.

Verschiedene Phantasien von Theaterleuten, Medientechnikern, Gartenkünstlern und Planern ungewöhnlicher Genres fließen hier zu einem orts- und anlaßbezogenen Gesamtspektakel zusammen. Die Gesamtleitung liegt in den Händen von Reinhard Deutsch. ■



»Sisis Traum«

A-4820 Bad Ischl

Telefonische Kartenbestellung:

++43 / (0)664 / 944 25 38

E-Mail: Sisistraum@aol.com

<http://members.eunet.at/kaiservilla.1>

Vollpreis-Eintritt: 150 Euro; es gibt verschiedene ermäßigte Karten; im Preis sind unterschiedliche Bonuswerte enthalten; für 400 Euro gibt es zusätzlich gastronomische Angebote, VIP-Service, erweitertes Shuttle-Service und ein paar Überraschungen



Medaillon aus dem Privatbesitz der Familie Habsburg-Lothringen mit dem Portrait von »Sisi«, Prinzessin Elisabeth in Bayern

Alle Fotos: Reinhard Deutsch Kulturberatung

Wiener Gratisstadtrad: Probetrieb gestartet!

Wien (rk) – Am Montag, den 19. Mai, starteten der Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, DI Rudolf Schicker und GEWISTA-Chef KR Karl Javurek gemeinsam mit VertreterInnen der Sponsoren Nokia, One und Raiffeisenlandesbank NÖ-W den Probetrieb für die City Bikes Wien.

In den nächsten Wochen sollen 50 TestfahrerInnen die vorerst 30 Testbikes und das Entlehnssystem auf ihre Alltagstauglichkeit prüfen und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten ausloten.

Schicker – selbst einer der Testpiloten – zeigte sich nach den ersten Eindrücken sehr positiv. „Registrierung und Entlehnung funktionierten auf Anhieb problemlos – bei der aufwändigen Software eine ausgezeichnete Leistung! Und die City Bikes Wien stellen einen guten Kompromiß zwischen Komfort und Robustheit dar. Für kurze Strecken und als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr ist das Konzept absolut überzeugend“, so der



StR. DI Rudolf Schicker und Komm. Rat Karl Javurek auf den neuen City-Bikes

Foto: Pressefoto Votava

Stadtrat. Als „wichtige und vernünftige Maßnahme“ bezeichnete Schicker den heute angelaufenen Probetrieb der City Bikes Wien: „Sicher wird sich durch die Rückmeldungen der TestfahrerInnen noch die eine oder andere Verbesserung ergeben“.

Bis 2004 werden im Endausbau rund 1000 City Bikes Wien zur Verfügung stehen, in den nächsten Wochen erfolgt nun die Feinabstimmung im Rahmen des Probetriebs. ■

Luxusschiff Seven Seas Voyager kreuzt ab sofort mit Bordcasino

Die Seven Seas Voyager, das schwimmende 6-Sterne-Hotel der Radisson Cruise Line, ist ein perfektes Schiff. Marmorbad, begehbare Schrank und eigener Balkon – damit kann jede der 350 Kabinen aufwarten und wird dennoch oft verlassen. Die Passagiere zieht es zu Poollandschaft, Wellnesscenter, Internetcafé, Nachtclub, diversen Spitzenrestaurants und seit kurzem auch in das bordeigene Casino.

Die von Casinos Austria betriebene Glücksstätte bietet Las Vegas Atmosphäre pur. Sechs Spieltische und 54 Automaten laden zum Spiel. Spielwährung ist der US-Dollar. Sechs Croupiers betreuen die Gäste bei Roulette, Black Jack, Poker und Craps.

Derzeit wird im Mittelmeer gekreuzt. Im Jänner 2004 startet die Seven Seas Voyager von Los Angeles zu einer 100-tägigen Asien-Pazifik Kreuzfahrt mit Stationen in 18 Ländern.

Der Betrieb von Casinos an Bord luxuriöser Kreuzfahrtschiffe hat bei Casinos Austria Tradition. Seit dem Jahr 1981, als Casinos Austria einen Vertrag mit der Norwegian Caribbean Line für ihr Vorzeigeschiff SS Norway abschloß, gibt es Casinos „made in Austria“ auch auf hoher See. Das Unternehmen war das erste, das großen Reedereien maßgeschneiderte Casinos zur Erweiterung des Unterhaltungsprogrammes anbot.

Die Schiffscasinos werden über zwei Gesellschaften betreut: die in Florida/USA registrierte Casinos Austria Maritime und



die in Piräus/Griechenland ansässige Shipboard Casino Services. Während das griechische Büro für die europäischen Kreuzfahrtlinien zuständig ist, wirkt die Casinos Austria Maritime als Repräsentationsbüro für den gesamten amerikanischen Raum und für die internationalen Kreuzfahrtlinien. Zu Zeit werden 17 Schiffscasinos von Casinos Austria gemanagt. ■

Gösser ist Partner des WWF Österreich

Linz (braunion) – Das Gösser Brauwasser ist berühmt für seine Reinheit. Was wir heute im Überfluß haben, muß nicht auch noch morgen zur Verfügung stehen. Kristallklares Wasser: eine unersetzliche Ressource. Unerschöpflich, wenn wir gemeinsam darauf acht geben.

Reinheit und Härtegrade des Wassers bestimmen maßgeblich die Qualität des Bieres: Hervorragendes Wasser ist für die Malzbereitung und Bierproduktion einer der wichtigsten Rohstoffe. Der sorgsame Umgang mit Wasser ist daher vordringliches Ziel der Brau Union Österreich AG. Die Obersteiermark ist eines der bedeutendsten Trinkwasser-Reservoirs Europas. Da liegt es nahe, daß sich Gösser am UNO-Projekt „Jahr des Wassers“ aktiv beteiligt. ■

Naturpark Oberes Drautal als Chance für die Region

Klagenfurt (lpd) – „Zum Wohl und zur Freude der Menschen“ lautet das Motto des Yellowstone-Nationalparks in den USA, welches auch für einen Naturpark Oberes Drautal gelten soll. Diese Idee wurde bei einer Informationsveranstaltung der Regionalgesellschaft „Draugesund“ den zahlreichen erschienenen Gemeindevertretern und interessierten Drautalern von Nationalparkreferent LR Georg Wurmitzer und Fachleuten präsentiert. Naturschutz, Regionalwirtschaft, Bildung und Erholung sind die vier Säulen, auf denen der Naturpark ruhen soll. Durch die starke Betonung der regionalwirtschaftlichen Komponente sollen Naturparke nach dem Kärntner Modell auch wichtige Impulse für die Regionalentwicklung bieten. ■

HR Walter Koschatzky verstorben

Wien (bm:bwk) – Betroffen zeigte sich Bildungsministerin Elisabeth Gehrer vom Ableben des langjährigen Direktors der Albertina, Hofrat Walter Koschatzky, am Freitag, den 09. Mai. „Walter Koschatzky stand fast ein Vierteljahrhundert als Direktor der Graphischen Sammlung Albertina vor. Er war nicht nur ein begnadeter Kunsthistoriker, sondern auch ein ausgezeichnete Ausstellungsgestalter und konnte in hervorragender Weise Theorie und Praxis in Einklang bringen. Zu den unvergessenen Höhepunkten seiner Arbeit zählt sicherlich die Maria Theresia Ausstellung 1980 im Schloß Schönbrunn.“

„Koschatzky war die Bewahrung der Schätze der Albertina stets ein Anliegen. Durch seine umsichtige und verantwortungsvolle Amtsführung hat er den Grundstein für die heute möglichen Ausstellungsprojekte aus eigenen Beständen gelegt“, würdigte Gehrer das Wirken des langjährigen Direktors. „Die österreichische Kulturszene verliert mit dem Ableben Koschatzkys eine seiner bedeutendsten Persönlichkeiten.“ ■

»Mr. ZiB« Horst Friedrich Mayer gestorben

Wien (oejc) – Horst Friedrich Mayer, langjähriger ORF-Moderator der „Zeit im Bild“ ist am Freitag, den 23. Mai im 66. Lebensjahr gestorben, wie der ORF mitteilte. Mayer hat seit längerem an einer schweren Krankheit gelitten, die sich in den letzten Tagen verschlimmert habe.

Der 1936 in Wien geborene Mayer hatte ab März 1995 gemeinsam mit Danielle Spera die „Zeit im Bild“ um 19.30 Uhr sowie Großübertragungen des Aktuellen Dienstes moderiert. Am Silvesterabend 1997 hatte er seine letzte „Zeit im Bild“-Sendung moderiert und war als „Mr. Zeit im Bild“ in die ORF-Geschichte eingegangen.

Am 1. Dezember 1969 trat er als Fachredakteur und Reporter in den ORF, Abteilung Aktueller Dienst des Hörfunks, ein und wechselte 1970 zum Fernsehen. 1974 wurde er leitender Redakteur, 1980 stellvertretender Chefredakteur, 1986 Chefredakteur des Fernsehens (Aktueller Dienst) und schließlich dessen Chefmoderator.

„Horst Friedrich Mayer – HFM – drei Buchstaben wurden zum Österreichischen Symbol für journalistische Kompetenz, mediales Charisma und persönliche Integrität“, so ORF-Generalin Dr. Monika Lindner. ■

Schüssel: Heinrich Schweiger ist einer der ganz Großen

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel verlieh am 5. Mai im Bundeskanzleramt Kammerschauspieler Heinrich Schweiger den Berufstitel „Professor“. Der Bundeskanzler bezeichnete Schweiger als „einen ganz Großen in der Theater- und Filmwelt“, dessen Schauspielkunst er selbst schon seit frühester Jugend am Burgtheater miterleben durfte. „Heinrich Schweiger ist Mutmacher und Bekenner seiner Theaterleidenschaft“, so der Bundeskanzler. Kammerschauspieler Schweiger sei stets mit unglaublicher Begeisterung von Publikum und auch von den Kritikern

Heinrich Schweiger wurde am 23. Juli 1931 in Wien geboren. Nach der Absolvierung des Max-Reinhardt-Seminars wurde er 1948 am Theater in der Josefstadt engagiert. Mit 18 Jahren erhielt er einen Elevenvertrag am Wiener Burgtheater. Ab 1956 folgten Verträge am Bayrischen Schauspiel München und am Düsseldorfer Schauspielhaus. Seit 1961 gehört Heinrich Schweiger mit Unterbrechungen wieder zum Burgtheater-Ensemble. Dort spielte er die großen klassischen Rollen der Weltliteratur – wie etwa in Schillers „Don Carlos“ und als Shakespeares



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel (re.) im Bundeskanzleramt in Wien zeichnete den Burgschauspieler Heinrich Schweiger mit dem Berufstitel Professor aus.

Foto: Martin Schalk © HOPI-MEDIA

aufgenommen worden, denn niemand spiele seine Rollen so perfekt wie er, betonte der Bundeskanzler und verwies auf die Vielzahl der von Schweiger dargestellten Charakteren der Weltliteratur und auf seine Zusammenarbeit mit großen Schauspielern und Regisseuren. Schüssel hob auch Schweigers Bedeutung als Fernseh- und Filmschauspieler hervor. So habe er unter anderem in den Fernsehproduktionen „Tatort“, „Ringstraßenpalais“ und als Major Novotny im Kinofilm „Der Bockerer“ brilliert.

Kammerschauspielerin Annemarie Dühringer erinnerte in ihrer Laudatio an ihre gemeinsame Zeit am Max-Reinhardt-Seminar. „Es war eine karge Zeit. Doch wir hatten ein großes Ziel: Wir wollten Schauspieler sein und auf der Bühne stehen“, so Dühringer. Kammerschauspieler Heinrich Schweiger bezeichnete in seiner Dankesrede das Theater als „schönste Zuflucht und seine große Leidenschaft“.

„Othello“ und „Richard III“. Er brillierte aber auch in Stücken von Raimund, Nestroy und Schnitzler, als Brechts „Mackie Messer“ oder als „Hassenreuter“ in Hauptmanns „Die Ratten“. In den 60er-Jahren gastierte Schweiger auch an der Freien Volksbühne Berlin (unter Erwin Piscator), am Theater am Kurfürstendamm Berlin (unter Leonard Steckel) und am Thalia Theater Hamburg (unter Boy Gobert). Schweiger gehörte zwölf Jahre lang zum Ensemble des Salzburger „Jedermann“. Im Fernsehen trat Heinrich Schweiger unter anderem in „Tatort“-Folgen, in den Serien „Ringstraßenpalais“ und „Kommissar Rex“ auf. Zu seinen Kinoerfolgen zählen unter anderem die Hauptrolle in „Franz Schubert – ein unvollendetes Leben“ und Franz Antels Filmreihe „Der Bockerer“. Derzeit er im Akademietheater in Bernhard Studlars „Transdanubia Dreaming“ und im Burgtheater in „Der Narr und seine Frau heute abend in Pancomedia“ von Botho Strauß zu sehen. ■

Die »Schotten« in Wien

Auf den Spuren der Gründerväter

Bis 28. September kehren die Benediktinermönche des Schottenstiftes zu ihren Wurzeln zurück. Handschriften, Skulpturen, bauliche Fragmente aus Irland, Regensburg und Wien dokumentieren die ersten 250 Jahre nach der Gründung des Schottenstiftes 1155 auf der Wiener Freyung.

Wiens älteste Kulturdenkmäler

Einen Schwerpunkt der Ausstellung über die iroschottischen Gründerväter des Benediktinerstiftes bilden die ältesten Musikdenkmäler Wiens. Die kostbaren – und größtenteils noch nie veröffentlichten – Fragmente sind Reste alter Handschriften und dokumentieren die täglichen mittelalterlichen Mönchsliturgien.

Einen weiteren Teil der Ausstellung stellen die heute noch erhaltenen, kunsthistorischen Reste der romanischen Klosteranlage des Benediktinerstiftes dar. Die Schau im Museum im Schottenstift dokumentiert Geschichte und Herkunft der Mönche und deren Leben und Bedeutung für das mittelalterliche Wien anhand von noch erhaltenen Beständen ihrer Kultur.

Das Schottenstift auf der Wiener Freyung wurde 1155 von eingewanderten iroschottischen Mönchen gegründet und bis 1418 auch von diesen bewohnt. Im Zuge der Reform Herzog Albrecht V. verließen die iroschottischen Mönche die Abtei. Diese ersten in Wien ansässigen Benediktinermönche stammten aus Irland und importierten nicht nur ihre Kultur, sondern unterhielten u. a. rege Kontakte mit dem Gründungskloster St. Jakob in Regensburg.

Die ausgestellten Exponate stammen daher nicht nur aus den Archiven des Schottenstiftes, der Österreichischen Nationalbibliothek, dem Archiv der Universität Wien, sondern auch der Bischöflichen Zentralbibliothek in Regensburg und Archiven in Irland, der Schweiz, usw.

Gezeigt werden u.a. die Gründungsurkunde des Schottenstiftes in Wien und die Gründungsurkunde der, dem Konvent wissenschaftlich

überaus verbundenen, Wiener Universität; Handschriften aus dem Mutterkloster in Regensburg und der Wiener Tochtergründung, besonders eine von Marianus Scotus, dem Gründer des Regensburger Schottenklosters mit eigener Hand verfaßte Schrift; alte Regensburger und Wiener Münzen des 12.–14. Jahrhunderts waren das Zahlungsmittel der iroschottischen Mönche;

Eigens für diese Ausstellung wurden die Reste eines noch nie gezeigten Flügeltäres einer Filiationkirche des Schottenstiftes mit Darstellungen aus dem Leben des Hl. Ulrich restauriert. Der Faksimile-Verlag Luzern



Romanische Schottenkirche in einer Initiale eines Fragmentes aus dem 15. Jhd. Archiv Schottenstift Wien, Museum Schottenstift

Foto: Schottenstift

stellte für die Ausstellung im Schottenmuseum je eine Reproduktion des berühmten Book of Kells und des Book of Lindisfarne zur Verfügung.

Romanische Wurzeln in Architektur und Skulptur

Spuren der ersten Schotten in Wien findet man aber auch in der Architektur. Objekte wie die Reste der ersten Schottenkirche in Wien (Romanische Kapelle), die im Museum des Wiener Schottenstiftes ausgestellt

romanische Säule und die in der Romanischen Kapelle aufgestellte älteste Marienstatue Wiens machen die Gründerzeit des Stiftes greifbar.

Mittelalterliche Musik

GustostückerIn hinsichtlich der Schreibkunst der Mönche sind aber die mittelalterlichen Musikfragmente des 12.–13. Jahrhunderts aus dem Regensburger und Wiener Schottenstift, die zeigen, daß die musikkulturelle Bedeutung der Iroschotten für Wiens Musikgeschichte gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung präsentierte sich die mittelalterliche Musik der Schotten in Wien in „Sight & Sound“. Die Kulturvereinigung im Schottenstift bat zu einem Konzert mit dem international renommierten Ensemble „Altramar“ aus den USA im Prälatensaal des Schottenstiftes. Zu hören waren nicht nur alte irische Gesänge des 9.–12. Jahrhunderts, sondern auch Melodien, die den in der Ausstellung gezeigten Musikfragmenten des Wiener Schottenstiftes entnommen wurden, wie zum Beispiel jene zum Fest des irischen Heiligen Kilian.

Fachsymposium und Buch

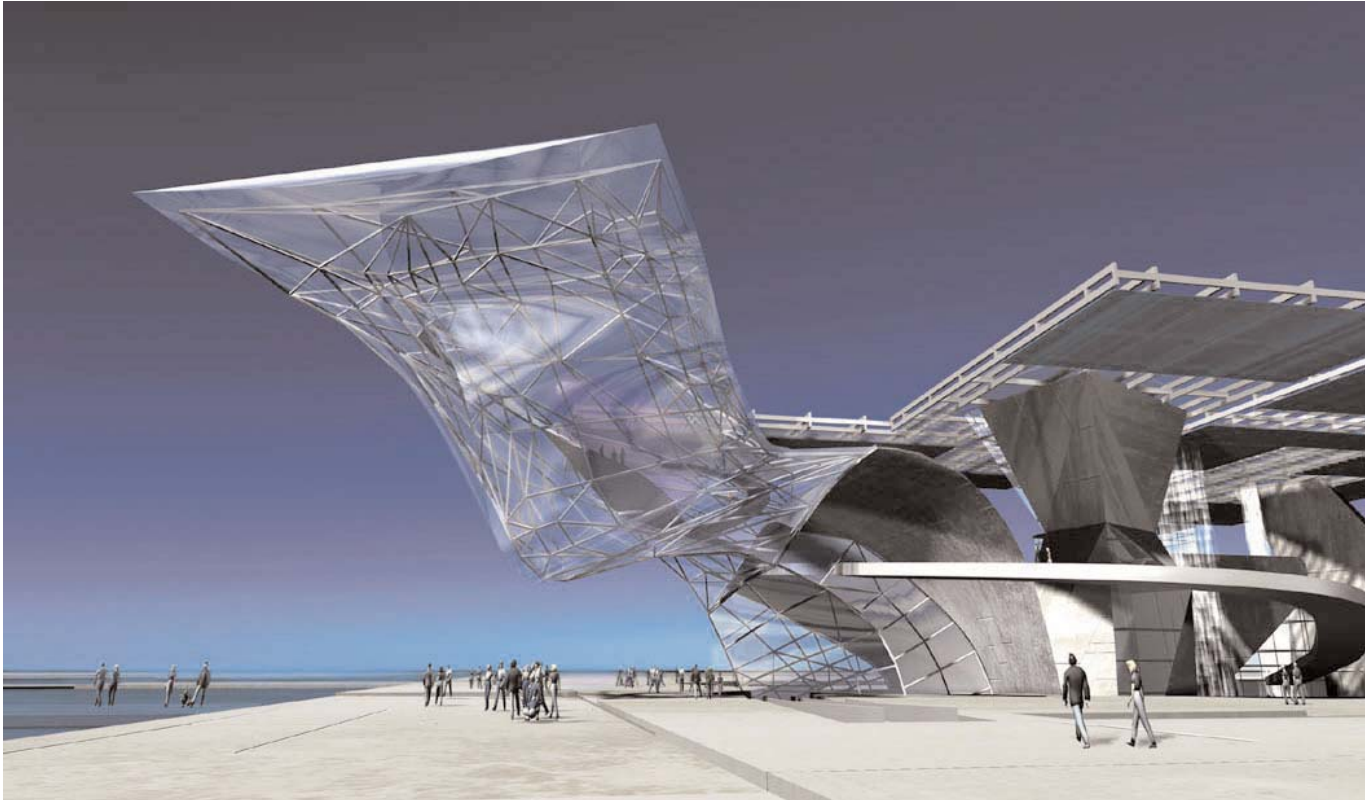
Ergänzend zur Ausstellung findet im Herbst ein international besetztes Fachsymposium zum Thema, in dessen Rahmen auch weitere Konzerte mit Musik der iroschottischen Mönche stattfinden, statt. Ein von Dr. Martin Czernin im Verlag ADEVA/Graz herausgegebenes Buch über „Die Musik der irischen Benediktiner in Wien“ wird gerade fertig gestellt. ■

i **Museum Schottenstift**
Freyung, A-1010 Wien
Öffnungszeiten:
Mo. – Sa.: 10.00 bis 17.00 Uhr
Feiertage: geschlossen
<http://www.schottenstift.at>
Adeva, Graz
<http://www.adeva.com>

Wiener Dynamik in Guadalajara

Wiener Architektengruppe COOP HIMMELB(L)AU verwirklicht ein neues städtisches Unterhaltungszentrum im mexikanischen Guadalajara

Abbildung: urban-Filter.com



Das Planungskonzept für das neue JVC-Freizeit- und Geschäftszentrum in Guadalajara, Mexiko, beruht auf einer Neudefinition der Bedeutung von Unterhaltung im 21. Jahrhundert.

Jüngste Studien sprechen von einem Wandel der gegenwärtigen Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu einer Gesellschaft, die auf einem zusehends höheren Grad von Wissen beruht. Entwicklung, Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen werden immer wissensabhängiger. Dieser Trend hat eine erhöhte Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen zur Folge und führt dazu, daß Wissensmanagement in Betrieben eine zusehends größere Rolle spielt. Der Wissensfluß wird daher zu einem zentralen Indikator für die Bestimmung der Leistung einer Gesellschaft.

Der Entwurf für das JVC-Freizeit- und Geschäftszentrum nimmt eine Neubestimmung vor und definiert Orte der Unterhaltung nicht mehr als solche des bloßen Konsums, sondern des intellektuellen Diskurses. Dieser „Marktplatz der Zukunft“ verbindet wohlbe-

kannte Formen der Unterhaltung und des Kommerziellen mit neuen Möglichkeiten, die auf der Produktion und dem Austausch von Wissen fußen. Da in diesem Zusammenhang der Gesundheit von Körper und Geist eine wesentliche Rolle eingeräumt wird, enthält der Entwurf eine Reihe von Einrichtungen zur Herstellung körperlichen und geistigen Wohlbefindens.

Die vorgeschlagenen Programmelemente umfassen also Kinos, exklusive Restaurants, Bars und Klubs, Geschäfte, einen Fitness- und Poolbereich, Büros für technische Forschung und Entwicklung und den „Raum des Wissens“. Ein lebendiger Ausstellungsbe- reich wird den Besuchern Informationen über jüngste technische Neuerungen vermitteln. Über interaktive Computerterminals hat man Zugang zum Internet und anderen globalen Informationsnetzwerken und kann Informationen über die Tätigkeiten in den im Masterplan vorgesehenen umliegenden Einrichtungen einspeisen.

In der Anlage findet man 16 Kinos unterschiedlicher Größe und Art: ein für 1000 Be-

sucher ausgelegtes Premierenkino, ein IMAX-Kino für 500 Personen und konventionelle Säle mit Platz für 750, 500, 300 und 200 Besucher. Die sieben Restaurants und Bars werden sich unterschiedlichen kulturellen und regionalen Themen widmen und verschiedenen Gastarchitekten übertragen werden.

Der projektierte Komplex ist nicht als Gebäude, sondern als eine offene urbane Landschaft zu verstehen. Diese Landschaft scheint weiter als bloß bis zu den Grenzen des Areals zu reichen und wird, indem sie ihre zentrale Lage und ihre Funktion im Masterplan widerspiegelt, als Teil der offenen Plaza erscheinen, die sich zwischen den angrenzenden Gebäuden und dem See erstreckt.

Die Gliederung der Baumasse in kleinere Blöcke läßt eine räumliche Abfolge entstehen, welche die Konventionen der herkömmlichen Perspektive durchbricht und verschiedenste Durchblicke auf unterschiedliche Horizonte gewährt.

Der Komplex besteht aus fünf Hauptelementen: der Grundebene, den Kinoblöcken,

den Einkaufsdecks, den skulpturalen Figuren und dem Dach.

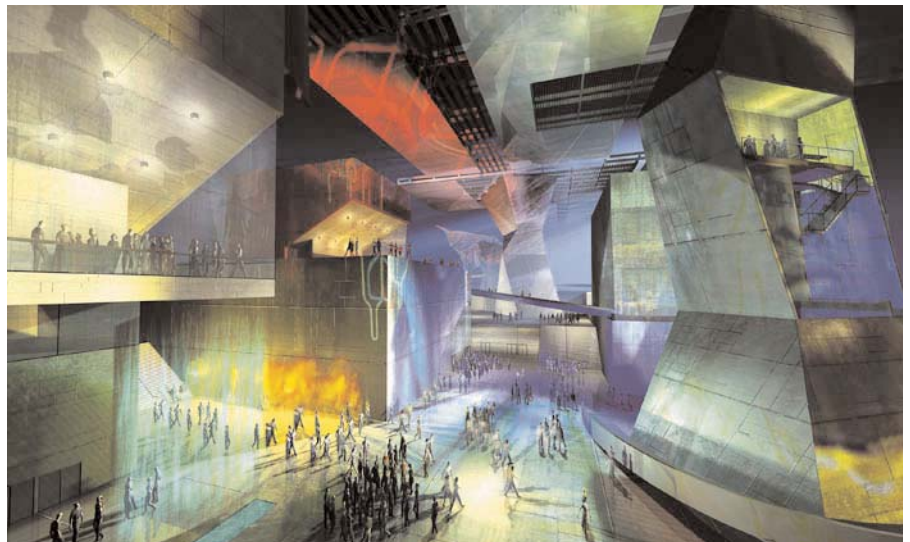
Ein Teil der Grundebene ist in die Erde gegraben, um die abgesenkte zentrale Plaza zu schaffen. Die Kinoblöcke liegen auf der Plaza, über welche die verschiedensten Funktionen der Anlage erschlossen werden. Lofts und Parkflächen, die noch unterhalb des Grundniveaus angeordnet sind, flankieren die Kinoblöcke sowie die zentrale Plaza von beiden Seiten: Hier finden sich Geschäfte, der Swimmingpool, der Fitneßbereich und Büros.

Die Erschließung erfolgt über fünf skulpturale Figuren, von denen drei das Dach tragen. Diese Figuren bieten Platz für exklusive Restaurants und Klubs: Der geformte Turm dient als zentraler Erschließungsbereich und beherbergt den Kubanischen Klub, die Doppelpyramidenhäuser, den Brasilianischen Klub und die hängenden Dreieckshäuser ein Restaurant und einen weiteren Klub. Ein doppelter Kegel dient als Lichtschacht für das Schwimmbecken, und im Springenden Wal ist dann der „Raum des Wissens“ untergebracht.

Das leicht gekrümmte Dach bietet Schutz vor Sonne und Regen. Durch die teils mit Luftschlitzen ausgestatteten Bereiche gelangt am Tag Sonnenlicht bis zur Plaza hinunter, während in der Nacht das Rundfenster einen unbeschränkten Blick auf den Himmel gewährt.

Die unterschiedlichen Erschließungsweisen sorgen im Gebäude für eine Vielzahl von Bewegungen. Durch die Stiegen auf allen Seiten des Komplexes faltet sich nicht nur die städtische Landschaft in die tiefer liegende Plaza nach unten. Durch die Stiegen ergeben sich innerhalb der Anlage auch flüssige Bewegungsabläufe. Die Kinos in den oberen Stockwerken sowie die Restaurants, Bars und Klubs in den Skulpturen und auf den Kinoblöcken werden durch zusätzliche Stiegen und Rampen erschlossen.

Über zwei Rampen gelangt man zu den durch den Masterplan vorgegebenen Fußwegen, der an den Bürogebäuden entlang führenden zentralen Straße und zur Seepromenade. Die Rampen durchschneiden das Gebäude in diagonaler Richtung und bilden die so genannte „Schlangenallee“, eine „mittelalterliche“ Einkaufsstraße mit kleinen, basarartigen Läden, deren Spektrum von traditionellen Tacoständen bis zu Hightech-Computergeschäften reicht. So entsteht im Verbund mit den Kinos, den Büros und dem „Raum des Wissens“ der „Marktplatz der Zukunft“.



„Raum des Wissens“ – eine Studie des Innenraumes

Abbildung: urban-Filter.com



Planungsdetail der Anlage des Veranstaltungszentrums

Abbildung: urban-Filter.com

Planung:

COOP HIMMELB(L)AU MEX
Wolf D. Prix, Helmut Swiczinsky + Partner

Projektleitung: Karolin Schmidbaur

Entwurfsarchitekt: Waltraut Hoheneder

Projektarchitekt: Mona Marbach

Projektteam: Athanasios Anastopoulos,
Jorge Avila, Barbara Boehm, Rachel
Campbell, Rodrigo Chavez, David Dohrn,
Michelle Cintrón, Valerie Fischer,
Matthew Gillis, Sergio Gonzales, Kon-
stanze Klaus, Sonja Klingberg, Nikola
Mayer, Oliver Sachse, Michael Sims

Associated Architect:

AVE Arquitectos Fernando Vasconcelos,
Alejandro Elizondo

Projektkoordinator: Leo P. Franz

Projektteam: Antonio Chamorro, Manuel
Cortez, Guillermo García Pimentel,
Agustín Solórzano

Bauherr: Omnitrition de Mexico

Jorge Vergara Madrigal, President

Statik: Bollinger + Grohmann, Frankfurt,

Haustechnik:

Pickl + Partner, Graz

AKF Mexico

Grundstücksfläche: 96.000 m²

Nutzfläche: 293.730 m²

BGF: 333.153 m²

Planungsbeginn: 8/1998

Geplanter Baubeginn: 9/2003

Fertigstellung: 9/2005

Baukosten: 136 Mio. USD

Kosten pro m²: 400 USD/m²